



46. Sitzung

16.01.2015

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9, B1 05

1. Aufgabenerledigungskonzept der Landesregierung bürgernah und zukunftsfähig gestalten

Beschluss des Landtages - **Drs. 6/2663**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 6/2788**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung führte ein Fachgespräch mit dem Bund der Strafvollzugsbediensteten – Landesverband Sachsen-Anhalt durch. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung wird offene gebliebene Fragen im Nachgang zur Sitzung schriftlich beantworten.

2. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/3186**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich darauf, die Behandlung des Gesetzentwurfs auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben. Zu dieser Beratung sollten die Stellungnahme sowie die Synopse des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes vorliegen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Sport stellte eine entsprechende Verschiebung der abschließenden Beratung im Ausschuss für Inneres und Sport in Aussicht.

3. Implementierung und Umsetzung des Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2100**

Im Ergebnis der Beratung verabschiedete der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung einstimmig eine Beschlussempfehlung an den Landtag und empfiehlt die Annahme des Antrages in der Fassung der vorläufigen Beschlussempfehlung.

4. Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt

Beschluss des Landtages - **Drs. 6/567**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 6/739**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 6/1660**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 6/2104**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 6/3622**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm die Berichterstattung der Landesregierung entgegen und verständigte sich darauf, diesen Beratungsgegenstand im zweiten Quartal 2015 erneut aufzurufen. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung wird weitere Unterlagen nachreichen.

5. Neuorientierung des Amtes der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Sachsen-Anhalt

Beschluss des Landtages - **Drs. 6/2973**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung verständigte sich zum weiteren Umgang. Der Beratungsgegenstand soll in seiner nächsten Sitzung, am 13. März 2015, erneut aufgerufen und hierzu die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik eingeladen werden.

6. Abteilung für Geschlechtskrankheiten – Poliklinik Halle

Selbstbefassung Fraktion CDU - **ADrs. 6/REV/105**

Der Vorsitzende des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung informierte zum aktuellen Sachstand, hierbei insbesondere zu einer geplanten TV-Reportage sowie zu einem aufgefundenen Aktenbündel.

7. Aktueller Sachstand zur Zukunft der Rechtsmedizinischen Institute in Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 6/REV/118**

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm eine Berichterstattung der Landesregierung entgegen. Offen gebliebene Fragen sowie erbetene Unterlagen werden vom Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft schriftlich nachgereicht. Der Ausschuss wird den Beratungsgegenstand in einer seiner nächsten Sitzungen wieder aufrufen und bittet, die erbetenen Unterlagen rechtzeitig vor dieser nächsten Beratung zugeleitet zu bekommen.

8. Verschiedenes

8.1. Niederschriften

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung billigte die Niederschriften über den nichtöffentlichen Teil der 43. Sitzung am 24. Oktober 2014 und über die 44. Sitzung am 27. November 2014.

8.2. an den Ausschuss verteilte Schriftstücke

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung nahm ein vom Ministerium für Justiz und Gleichstellung übersandtes Schreiben zur EU-Förderperiode 2014 bis 2020, die Petition Nr. 6-P/00014 sowie eine offene Eingabe der Bürgerrechtsbewegung FRKMVG zur Kenntnis.

8.3. Sonstiges

Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung informierte zum aktuellen Stand bezüglich der Ausreichung der im Zuge der Haushaltsberatungen beschlossenen Ansatz-erhöhung im Kapitel 11 15, Titelgruppe 61. Der Ausschuss bittet das Ministerium um die Übersendung einer Aufstellung bezüglich der Verteilung auf die entsprechenden Einrichtungen.

Weiterhin informierte das Ministerium über die Entweichung eines Gefangenen und über den aktuellen Stand bezüglich des Vertrages über Telekommunikationsdienstleistungen in der JVA Burg.

8.4. nächste Sitzung

Die im Terminplan vorgesehene Sitzung am 13. Februar 2015 findet nicht statt.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung findet am 13. März 2015 statt.

Mathias Goldbach
Ausschussdienst
